

Das andere nicht lassen FDP zum NATO-Beitritt, 1955

Wenn die Veranstalter der Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche sich zum Ziel gesetzt hätten, dem Willen unseres Volkes nach Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit überzeugenden Ausdruck zu geben, wäre ihnen ein einmütiger Widerhall in der deutschen Öffentlichkeit sicher gewesen. Soweit die Redner der Veranstaltung sich auf diese Willenskundgebung beschränkten, haben ihre Worte den Widerhall gefunden. Wo jedoch einseitige Parteimeinungen und ungerechtfertigte Vorbehalte mit dem Hauptanliegen der deutschen Politik vermengt wurden, tat sich eine Kluft zwischen dem Volkswillen und dem Manifest auf, die es Vielen, denen nicht weniger an der Wiedervereinigung liegt, nicht erlaubt, dem dort Gesagten aus vollem Herzen zuzustimmen.

Es ist eine unbewiesene und deutlich zweckbedingte These, dass die Pariser Verträge den Zustand der Aufspaltung und menschlichen Entfremdung Deutschlands verlängerten. Die Pariser Verträge sind nicht das, als was sie von sowjetischer Seite hingestellt werden, wenn in dortigen Noten und Erklärungen immer wieder von aggressiven Militärböcken die Rede ist. Von den Abrüstungsvorschlägen Wyschinskis über die Rede Mendès-Frances von den Vereinten Nationen bis zu der Auslegung, die Adenauer der Westeuropäischen Union gegeben hat, führt eine logische Linie, die man in Ost und West weiterverfolgen sollte, um das ebenso überflüssige wie opfervolle Übermaß an Aufrüstung auf das vernünftige Maß kollektiver Sicherheit zurückzuschrauben. In diesem Zusammenhang sind die Pariser Verträge nicht eine Antithese, sondern ein Anfang. Würden wir auf sie verzichten, so wäre keine Gewähr gegeben, dass die Sowjetunion unsere absolute Wehrlosigkeit anders honorierte, als sie das bisher gegenüber allen Verhandlungspartnern in der gleichen – wehrlosen – Verhandlungsposition getan hat. Das Bild vom Sich-zwischen-die-Stühle-setzen ist nicht neu, aber es ist treffend. Der tragische Irrtum des sogenannten "Deutschen Manifestes" und seiner Interpreten in der Paulskirche liegt darin, dass ein Verhandlungsvorschlag der Sowjetunion schon als Verhandlungsergebnis vorweggenommen wird, ohne an den Weg zu denken, der zwischen Vorschlag und Ergebnis zurückzulegen ist. Wer die friedliche Wiedervereinigung will, darf die verteidigungsbereite Wehrhaftigkeit nicht ausschließen. Dass der Krieg ein furchtbares Übel ist, wusste unser Volk auch ohne den Warnruf aus der Paulskirche. Die Chance, ihn zu verhindern, ist aber nach den seit Jahrtausenden zwischen den Völkern geltenden Lebensregeln für ein wehrhaftes Volk größer als für ein wehrloses Volk.

Alle geschichtliche und politische Erfahrung lehrt, dass der Verzicht auf die Wehrhaftigkeit der Demokratie ein höchst gefährliches Wagnis darstellt, das uns gerade in Verhandlungen mit der stärksten Macht des Ostens wenig Aussicht bietet, aufgrund dieser Wehrlosigkeit die Wiedervereinigung durchzusetzen.

(...)

Quelle: Freie Demokratische Korrespondenz. Pressedienst der Freien Demokratischen Partei, Jg. 6/6, 1. Februar 1955, S. 2f. in Auszügen.